

„Jugendliche dort hinleiten, wo sie ihre Talente entfalten können: in eine Berufsausbildung“

Ingrid Schleimer, Gruppenleiterin „Berufliche Bildung, Beschäftigungssicherung und berufliche Integration“ im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales zum neuen Übergangsmangement in Nordrhein-Westfalen

G.I.B.: Frau Schleimer, was hat die Landesregierung veranlasst, das System des Übergangs von der Schule in den Beruf neu zu strukturieren?

Ingrid Schleimer: Das alte Übergangssystem wird ja oft kolportiert, hatte seinen Namen nicht verdient: Weder sicherte es den Übergang noch war es ein System. Sicher eine überzogene Pointierung, aber mit wahrem Kern: So parken derzeit immer noch 80.000 Jugendliche in Warteschleifen an den Berufskollegs, obwohl die Hälfte von ihnen durchaus eine Ausbildung beginnen könnte und somit in der Schule am falschen Platz

Gymnasiasten werden im neuen Übergangssystem genauso mitgedacht wie Haupt- und Förderschüler.

ist. Hinzu kommt die kaum überschaubare Vielzahl teils parallel laufender Angebote. Mit den Projekten „Ein-Topf“ und „IJa“ haben wir einen ersten wichtigen Schritt unternommen, die Angebote zusammenzuführen und so insbesondere Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf den Weg ins Berufsleben zu erleichtern. Aber es gab noch einen weiteren gravierenden Grund, das Übergangssystem zu reformieren: der demografische Wandel! Mit dem Rückgang der Zahl erwerbsfähiger Menschen sind wir dazu gezwungen, möglichst viele Jugendliche zu befähigen und zu motivieren, einen Ausbildungsplatz zu finden. Genau das soll jetzt mit dem neuen Übergangssystem gelingen.

G.I.B.: Mit dem Hinweis auf den Fachkräftemangel begründen Sie die Reform des Übergangssystems arbeitsmarktpolitisch. Gibt es auch finanzpolitische Gründe für die Neustrukturierung?

Ingrid Schleimer: Tatsächlich verursachen parallel laufende und überflüssige, weil nicht zielführende Angebote vermeidbare Kosten, wohingegen die von uns angestrebte klare Konturierung des Angebots zu finan-

ziellen Einsparungen führt. Dennoch: Fiskalische Aspekte waren nie vorrangig. Entscheidend ist, die Zahl der in Warteschleifen verharrenden Jugendlichen abzubauen und sie dort hinzuleiten, wo sie dringend benötigt werden und wo sie ihre Talente entfalten können: in eine Berufsausbildung!

G.I.B.: Die von Ihnen genannte „klare Konturierung“ soll schon frühzeitig beginnen – mit der Berufsorientierung.

Ingrid Schleimer: Ja, spätestens ab Klasse 8 erhalten alle Schülerinnen und Schüler eine verbindliche, systematische Berufs- und Studienorientierung. Neben der Ermittlung und Förderung von Potenzialen und berufsrelevanten Kompetenzen gehören dazu vor allem gezielte Praktika in Betrieben, um verschiedene Berufsfelder zu erkunden, den Metallbereich zum Beispiel oder die Gastronomie. Nächster Konkretionsgrad ist dann der Beruf selbst, in der Gastronomie also der Koch oder der Kellner, im Metallbereich der Zerspanungsmechaniker oder Produktionstechnologe.

Seit Jahren finden wir fast immer dieselben Berufe in der Top-Ten-Wunschliste. Zwar sind das tatsächlich die Berufe, in denen die meisten Ausbildungsplätze angeboten werden, und insofern verhalten sich die Jugendlichen systemkonform, aber es gibt darüber hinaus eine Vielzahl auch artverwandter Berufe, von denen die meisten Jugendlichen noch nie etwas gehört haben, die aber von den Unternehmen ebenfalls stark nachgefragt werden. Die frühzeitige Berufsorientierung soll deshalb zukünftig die Entscheidungsgrundlage verbessern und eine kompetente Berufswahl ermöglichen.

Derzeit befinden sich in den 8. Klassen der allgemeinbildenden Schulen inklusive Gymnasien zwischen 170.000 und 180.000 Jugendliche, die jetzt alle in die Berufsorientierungsphase eintreten. In den Referenzkommunen sind es knapp 30.000 Jugendliche. Für ein Drittel von ihnen wird nach gegenwärtiger Schätzung in der neunten Klasse eine Berufsfelderkundung anstehen



Ingrid Schleimer
Ministerium für Arbeit, Integration
und Soziales des Landes NRW

und ebenfalls ein Drittel dürfte in der zehnten Klasse die Gelegenheit zu einem vertiefenden Praktikum erhalten. Da zu dem Zeitpunkt neue Achtklässler nachgerückt sein werden, kumuliert die Zahl der Jugendlichen in der Berufsorientierungsphase. Das illustriert die Dimension der Herausforderung bei der Neugestaltung des Übergangssystems.

G.I.B.: In Ausweitung zu „Ein-Topf“ nimmt die Landesregierung im neuen Übergangssystem nicht nur förderbedürftige Jugendliche in den Blick, sondern Schülerinnen und Schüler aller Schulformen, also auch Gymnasiasten. Die meisten von ihnen dürften kaum förderbedürftig im herkömmlichen Sinne sein, also vermutlich auch ohne weitere Unterstützung zum Fachkräftenachwuchs gehören.

Ingrid Schleimer: Vorsicht! Eine gewisse Desorientierung bei der Berufs- oder Studienwahl ist nicht nur bei den klassischen Förderbedürftigen zu erkennen, sondern auch bei vielen anderen Abgängern von Haupt- und Realschulen und selbst von Gymnasien. Letztere sind aufgrund der Schulform häufig darauf getrimmt, bis zum Abitur zu gehen, obwohl sie vielleicht eher technisch begabt sind und lieber etwas anderes machen würden. Deshalb sind Gymnasiasten im neuen Übergangssystem genauso mitgedacht wie Haupt- und Förderschüler, wobei die konkrete Berufs- und Studienorientierung an den einzelnen Schulformen durchaus divergieren kann. Während es etwa bei den Hauptschulen vorrangig um die tatsächliche Eignung für einen bestimmten Beruf geht, könnte bei Gymnasiasten die Frage im Mittelpunkt stehen, ob das Abitur und das anschließende Studium der optimale Weg sind oder ob nicht die duale Ausbildung mit der Option auf ein anschließendes Studium zum Beispiel der Ingenieurwissenschaften eine sinnvolle Alternative ist. Das Wissen, dass man auch mit einer dualen Ausbildung einen Hochschulzugang erwerben kann, das Wissen also über die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems ist auch unter Gymnasiasten eher begrenzt. Unser Ziel jedenfalls ist, die Attraktivität der dualen Berufsausbildung zu erhöhen.

G.I.B.: Einerseits wollen Sie die Attraktivität der dualen Berufsausbildung erhöhen, gleichzeitig brauchen wir

mehr Hochschulabsolventen. Zweifellos ein Zielkonflikt, denn Jugendliche lediglich vom Studium in die duale Ausbildung zu verschieben, schafft nicht eine einzige zusätzliche Fachkraft!

Ingrid Schleimer: Niemand will Jugendlichen generell vom Studium abraten. Vielmehr gilt es, mit gezielter Berufserkundung und der Förderung vorhandener Talente unter Berücksichtigung der Bedarfe am Arbeitsmarkt die Grundlage für die Entscheidung Studium oder duale Berufsausbildung sowie bei der Wahl eines Studienfachs zu verbessern. Statistiken verdeutlichen die immens hohe Zahl der Studierenden geisteswissenschaftlicher Fächer. Studiengänge wie Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik hingegen fristen trotz hoher Nachfrage am Arbeitsmarkt ein Schattendasein. Zweifellos sind für manche Abiturienten Kunstgeschichte und Altgriechisch spannende Studienrichtungen, aber Nordrhein-Westfalen braucht als rohstoffarmes und exportorientiertes Land wie Deutschland insgesamt mehr Wissenspotenziale im Bereich der sogenannten MINT-

Unser Ziel ist, die Attraktivität der dualen Berufsausbildung zu erhöhen.

Fächer, um im zunehmend verschärften internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Dennoch geht es uns nicht darum, Jugendlichen einen bestimmten Weg vorzuschreiben, sondern lediglich darum, die Berufsentscheidung nicht dem Zufall zu überlassen, sondern auf ein stabiles Fundament zu stellen. Deshalb steht am Ende der Berufs- und Studienorientierung eine begründete und realistische Übergangsempfehlung.

G.I.B.: Nach der Berufs- und Studienorientierung steht der eigentliche Übergang an. Was ändert sich in dieser Phase?

Ingrid Schleimer: Für ausbildungsreife Jugendliche steht nach Abschluss der allgemeinbildenden Schule die betriebliche Ausbildung an erster Stelle. Für ausbildungsreife Schülerinnen und Schüler, die trotz allem keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden, wird die Landesregierung schulische Berufsausbildungsgänge mit umfangreichen betrieblichen Praxisanteilen in solchen Berufen

anbieten, in denen ein regionaler Bedarf erkennbar ist. Dabei werden Qualifizierungs- bzw. Ausbildungsbausteine genutzt, die zum Teil auf eine spätere Ausbildung anrechenbar sein sollen. Sollte auch das nicht reichen, wird geprüft werden, in welchem Umfang außerbetriebliche Ausbildungsplätze z. B. durch Finanzierung der BA zur Verfügung gestellt werden können. Für berufsschulpflichtige Jugendliche, die noch nicht ausbildungsreif sind, werden Angebote an Berufskollegs oder bei Trägern mit verstärktem Praxisbezug zur Verfügung gestellt. Hierzu gehören je nach Voraussetzung z. B. auch die Berufsvorbereitungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit oder aber die Angebote der Jugendwerkstätten.

Die Betriebe haben ein großes Interesse, den dringend benötigten Fachkräftenachwuchs zu finden. Der gegenwärtige Zeitpunkt für ein neues Übergangssystem ist äußerst günstig.

G.I.B.: Ist der Übergang an der zweiten Schwelle, also von der Ausbildung in die Beschäftigung, ebenfalls Bestandteil des neuen Übergangssystems?

Ingrid Schleimer: Die zweite Schwelle ist nicht im Fokus des Umbaus des Übergangssystems. Aber wenn man der Logik folgt und sich in Berufsfeldern orientiert, in denen ein Fachkräftebedarf besteht, also arbeitsmarktliche Aspekte berücksichtigt, ist davon auszugehen, dass dann auch der Übergang in einer dauerhafte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gelingt. Falls dann tatsächlich bei einigen Jugendlichen trotz Berufsvorbereitung nach neuestem Muster keine Chance auf eine Ausbildung besteht, sollen auch sie nicht in Arbeitslosigkeit abgleiten. Um auch sie in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen, steht mit „Jugend in Arbeit plus“ ein äußerst erfolgreiches, gegebenenfalls zu modifizierendes Programm zur Verfügung.

G.I.B.: Am neuen Übergangssystem ist eine Vielzahl von Akteuren beteiligt mit teils heterogenen, vielleicht sogar sich widersprechenden Interessen. Wie müssen sich die Akteure umstellen oder neu orientieren, um

im Übergangsgeschehen eine konstruktive Rolle zu spielen? Fangen wir mit der Wirtschaft oder, konkreter, mit den Betrieben an.

Ingrid Schleimer: Mit dem neu strukturierten und klar konturierten Übergangssystem, bei dem alles ineinander greift und Jugendliche beim Abschluss der allgemeinbildenden Schule über eine fundierte Berufsorientierung verfügen, schaffen wir genau die Verhältnisse, wie sie – auch um Ausbildungsabbrüche zu vermeiden – vonseiten der Wirtschaft immer gefordert worden sind. Da die Betriebe zudem heute großes Interesse daran haben, den dringend benötigten Fachkräftenachwuchs zu finden, ist der gegenwärtige Zeitpunkt äußerst günstig, das neue System flächendeckend aufzustellen.

Nicht zuletzt deshalb ist in den Beschlüssen des Ausbildungskonsenses wenn auch nicht die verbindliche Ausbildungsgarantie, so doch die verbindliche Ausbildungsperspektive festgeschrieben. Dies ist ein tatsächlicher Fortschritt. Jetzt müssen Betriebe z. B. auch ihrerseits dazu beitragen, die Attraktivität der betrieblichen Ausbildung zu erhöhen. Großbetriebe werben ja schon lange in großem Umfang mit dualen Studienangeboten, Sozialleistungen und Karrieremöglichkeiten um Auszubildende. Für KMU ist das schwieriger. Gleichwohl merken auch sie, dass sie mit attraktiven Angeboten werben müssen, um ihre Ausbildungsplätze besetzen zu können. Nicht nur deswegen gehe ich davon aus, dass seitens der Wirtschaft wie auch der einzelnen Betriebe ein hohes Maß an Interesse vorhanden ist, das neue System zu unterstützen.

G.I.B.: ... und die Schulen, und hier namentlich die Berufskollegs, die von den Veränderungen am stärksten betroffen sein dürften?

Ingrid Schleimer: Bei den Schulen unterstelle ich, wenn auch anders begründet, das gleiche Interesse. Schulen sind Bestandteil der Gesellschaft und des Bildungssystems und haben den Anspruch, qualifizierte Arbeit zu leisten und junge Menschen auf das Leben vorzubereiten. Dazu gehört, Jugendliche dabei zu unterstützen, den für sie optimalen beruflichen Weg zu finden. Deshalb muss, das ist Konsens, bei den allgemeinbildenden Schulen in allen Schulformen die Berufsorientierung Eingang finden.

Neu orientieren, da haben Sie Recht, müssen sich vor allem die Berufskollegs. Sie sind in den vergangenen Jahren oft frühzeitig in die allgemeinbildenden Schulen gegangen und haben dort ihr Angebot vorgestellt, verbunden mit der Aufforderung: Kommt zu uns! Mit dem Umbau des Übergangssystems ist die tradierte Werbung der Berufskollegs in dieser Form jedoch nicht mehr sachdienlich, da die betriebliche Ausbildung oberste Priorität hat. Erst dann kommt, als zusätzliche Variante, die Möglichkeit einer Ausbildung am Berufskolleg. Ich denke, dass auch die Lehrenden an den Berufskollegs, wo bislang die Fluktuation unter den jungen Menschen recht groß ist, froh darüber sind, zukünftig beruflich besser orientierte Jugendliche zu unterrichten. Deswegen unterstelle ich, – obwohl mir bewusst ist, dass eine veränderte Nachfrage Auswirkungen auf Stellenkontingente hat, – wie allen anderen Akteuren auch, den Berufskollegs eine unterstützende Haltung.

G.I.B.: Weiterer, nicht nur aufgrund seiner Finanzstärke wichtiger Akteur neben der Wirtschaft und den Schulen ist die Bundesagentur für Arbeit, sind die Agenturen für Arbeit. Wie schätzen Sie deren Bereitschaft ein, sich an der kommunalen Koordinierung zu beteiligen?

Ingrid Schleimer: Die BA ist auf Landesebene Partner im Ausbildungskonsens und die einzelnen Arbeitsagenturen werden auch im Arbeitskreis jeder Kommune mit am Tisch sitzen. Wenn hier die Beantwortung der Frage ansteht, welche Art von Förderung welcher Jugendliche braucht, stellt sich zugleich die Frage der Finanzierung. Ein Betriebspraktikum muss nicht finanziert werden, ein Praktikum beim Träger schon. Im Übergangsprozess brauchen wir also zukünftig die klare Ansage eines jeden Akteurs, welchen Part er übernehmen kann. In diesem Augenblick ist die Agentur für Arbeit wie jeder andere Akteur auch gefragt, mit seinen Mitteln für das Vorankommen zu sorgen. Heute fragt die Regionaldirektion die örtlichen Agenturen zum Beispiel, wie viele Plätze Berufsorientierung oder Berufsvorbereitung sie im nächsten Schuljahr benötigt. Das lässt sich zukünftig sehr viel präziser sagen, weil nachvollziehbar ist, wie viele Jugendliche sich an welcher Stelle im Übergangsprozess befinden,

sodass die Rückmeldungen der einzelnen Agenturen an die RD auch fundiert sind und dem tatsächlichen Bedarf entsprechen.

Leider hat die Instrumentenreform der Bundesregierung dazu geführt dass einige Instrumente im Übergangssystem, darunter die Berufseinstiegsbegleiter, nur noch zu 50 Prozent von der BA finanziert werden. Derzeit werden noch 400 Berufseinstiegsbegleiter nach dem alten System, also voll, finanziert, aber schon 2012 müssen wir uns Gedanken darüber machen, ob und in welchem Umfang wir als Land in die Mitfinanzierung einsteigen können. Das zeigt, welche wichtige Partner die Agentur für Arbeit, aber auch die Jobcenter sind – nicht nur, aber auch nicht zuletzt wegen ihrer finanziellen Potenz.

Aber Sie haben noch nicht nach einem weiteren wichtigen Akteur gefragt: Das sind die Jugendlichen und deren Eltern selbst! Nur wenn sie mitmachen und auch

Auch die Lehrenden an den Berufskollegs sind froh darüber, zukünftig beruflich besser orientierte Jugendliche zu unterrichten.

die Eltern sich in eine andere Denkstruktur einbinden lassen, funktioniert das Vorhaben. Allzu oft werden heute Haupt-, aber auch Realschüler an eine einjährige Berufsfachschule geschickt, obwohl der dortige Abschluss keinerlei Verbesserung zum bisherigen mittleren Bildungsabschluss verspricht. Grund dafür ist die Fixierung vieler Eltern auf Schule: Da lernt man was und Bildung ist wichtig. Das ist richtig, aber zu einseitig. Schuld daran tragen wir auch selbst, weil wir ein solches Denken in den letzten Jahren geradezu heraufbeschworen haben, indem wir aufgrund des Mangels an Ausbildungsplätzen Jugendliche oft vorschnell an die Berufskollegs dirigiert haben, um sie „von der Straße“ fernzuhalten. Jetzt müssen wir das Ganze umkehren und die überkommene Einstellung ändern – zweifellos ein härteres Brett, das wir bohren müssen.

G.I.B.: Wie sind Sie eigentlich auf den kühnen Gedanken gekommen, den Kommunen die Koordinierungsfunktion zuzuschreiben?

Ingrid Schleimer: Kommunen sind die kleinste Einheit, bei der die Fäden zusammenlaufen können, sowohl als Koordinator wie auch als Akteur im Rahmen der Jugendhilfe, der Jobcenter, aber auch in ihrer Zuständigkeit für bestimmte Schulformen. In den Kommunen sind die Konsequenzen und der Problemdruck nicht gelungener Integration Jugendlicher in den Arbeitsmarkt offensichtlich. Zudem stellt sich die Frage: Welche anderen Koordinatoren hätte es geben können? Die Koordination beispielsweise bei den Kammern anzusiedeln, hätte zu ordnungspolitischen Konflikten geführt, und dass sich Kommune und Schulen an einer Kammer orientieren, ist ebenfalls nur schwer vorstellbar. Denkbare Koordinatoren wären die Agenturen für Arbeit, doch sie unterliegen der zentralen Direktive der BA und die ist zu fern vom Ort des Geschehens und auch nicht flexibel genug, um auf kommunaler Ebene koordinierend agieren zu können. Bleibt also die Kommune selbst als Koordinator, unterstützt allerdings vom Land und den Partnern im Ausbildungskonsens mit ihrer Steuerungsfunktion.

G.I.B.: Was heißt Steuerung konkret, welche Steuerungsmittel stehen zur Verfügung? Macht? Geld?

Ingrid Schleimer: Zunächst: Die kommunale Koordination wird von uns finanziell unterstützt. Jeder Kommune, die mitmacht, finanzieren wir bis zu zwei Personalstellen, vorausgesetzt, sie finanziert selbst zwei weitere Stellen in diesem Handlungsfeld, also eine 50 Prozent-Finanzierung. Das ist ein Programm und über ein Programm kann man bekanntlich die Arbeit steuern.

Parallel dazu haben wir für die Referenzkommunen eine wissenschaftliche Begleitung installiert, die den Implementationsprozess des neuen Übergangssystems betrachten soll und die hier gewonnenen Erkenntnisse und Reflexionen den Referenzkommunen selbst, aber auch anderen Kommunen zur Verfügung stellt. Darüber hinaus gibt es die fachliche Begleitung durch die G.I.B. Ansonsten ist der Umbau des Übergangssystems ja Ergebnis eines Diskussionsprozesses im Ausbildungskon-

sens und dessen Arbeitskreis begleitet die Umsetzung. Im Arbeitskreis sitzen die unterschiedlichen Landesressorts, die Sozialpartner, die Kammern, die Regionaldirektion, die kommunalen Spitzenverbände, und dieses Gremium wird die Funktion eines Beirats der Umsetzung bekommen und da werden wir steuernd aktiv.

G.I.B.: Mit Geld und fachlicher Begleitung haben Sie zwei Steuerungsinstrumente des Landes genannt. Welche Rolle spielt „Macht“ im weitesten Sinne, etwa in Form von Erlassen?

Ingrid Schleimer: Sicher, Schule muss den Umbau der Berufskollegs über Erlasse regeln und auch die Ausrichtung im Bereich allgemeinbildender Schulen hinsichtlich der Anforderungen an Berufsorientierung erfolgt über Erlasse des Schulressorts. Uns als MAIS stehen keine Erlasse als Steuerungsmittel zur Verfügung. Wir steuern die kommunale Koordination nicht nur, aber vor allem über Finanzmittel, wobei die Finanzierung der beiden Stellen das Inzentiv ist.

G.I.B.: Anhand welcher Kriterien ist die Auswahl der sieben Referenzkommunen erfolgt?

Ingrid Schleimer: Wir haben uns zunächst alle Kommunen angesehen, die bei „Ilja“ oder „Ein-Topf“ tätig sind und wie beispielsweise Bielefeld schon ein sehr komplexes System installiert und die Übergänge der förderbedürftigen Jugendlichen von der allgemeinbildenden Schule in Ausbildung schon sehr optimal strukturiert haben. Aber es gab auch Kommunen, die sich ohne eine solche Projekterfahrung als Referenzkommune beworben haben. Berücksichtigt haben wir auch eine angemessene Verteilung auf Stadt und Land, verteilt auf ganz NRW. Nach unserer Entscheidung meldeten weitere Kommunen ihr Interesse an. Der Start ist mit den sieben Referenzkommunen gemacht. Aber in einem Schreiben des Staatssekretärs an alle 53 Kommunen haben wir deutlich gemacht, dass sie im Zeitverlauf ebenfalls dazustoßen können und welche Bedingungen erfüllt sein müssen, um mitmachen zu können. Zurzeit führen wir eine Liste interessierter Kommunen.

DAS INTERVIEW FÜHRTEN

Manfred Keuler, Tel.: 02041 767-152

E-Mail: m.keuler@gib.nrw.de

Alexis Pläßmann, E-Mail: alexis.plassmann@hotmail.de

Paul Pantel, Tel.: 02324 239466, E-Mail: paul.pantel@arcor.de

KONTAKT

Ingrid Schleimer

Ministerium für Arbeit, Integration und

Soziales des Landes NRW

Fürstenwall 25, 40219 Düsseldorf

G.I.B.: 2013 soll das neue Vorgehen auf alle Kommunen ausgeweitet werden. Ist das realistisch?

Ingrid Schleimer: Wir haben uns für 2012 zwanzig weitere Kommunen vorgenommen, neunzehn stehen bereits jetzt auf unserer Nachrückliste. Ihr Interesse ist unterschiedlich ausgeprägt. Manche wollen das Vorhaben schon jetzt in ihre Haushaltsverhandlungen einbringen. Bei ihnen ist davon auszugehen, dass hier auf politischer Ebene schon intensive Gespräche stattgefunden haben. Ob wir unser Ziel, 2013 flächendeckend anzutreten, letztlich erreichen, hängt davon ab, ob die Kommunen mitziehen. Ich bin überzeugt: Wenn andere Kommunen bei den Referenzkommunen sehen, dass und wie es funktioniert, erhöht sich die Bereitschaft mitzumachen. Das ist auch eine Erfahrung aus anderen Programmen: Keine Kommune will außen vor bleiben! Ein Finanzierungsvorbehalt jedenfalls kann nicht das alleinige Argument für eine Nichtteilnahme sein.

G.I.B.: Welche Auswirkungen wird der Umbau auf die bisherige Förderstruktur des MAIS in diesem Handlungsfeld haben?

Ingrid Schleimer: Wir werden Programme wie „Ilja“ und „Ein-Topf“ nicht parallel laufen lassen, sondern in das Gesamtsystem integrieren. Zwar gibt es auch in den Referenzkommunen teilweise noch Bewilligungen für die beiden Programme, aber die laufen in absehbarer Zukunft aus.

Darüber hinaus werden wir uns Instrumente wie das Werkstattjahr genauer ansehen. Wir sind der Auffassung, dass Ziel und Vorgehen beim Werkstattjahr eigentlich dem entspricht, was Jugendwerkstätten bereitstellen müssten. Wenn wir jetzt aber Transparenz und Klarheit im Übergangsgeschehen haben wollen, ist die logische Schlussfolgerung, die Plätze in den Jugendwerkstätten zu erhöhen und gleichzeitig das Werkstattjahr sukzessive abzubauen. Fachleute gehen davon aus, dass für Jugendwerkstätten respektive Werkstattjahr ein Bedarf an 4.500 bis 5.000 Plätzen pro Jahr besteht, wobei Jugendwerkstätten und Werkstattjahr derzeit jeweils die Hälfte abdecken. Jugendwerkstätten aber sind eine Jugendhilfeleistung und erstaunlicherweise gibt es erhebliche regionale Unterschiede:

Jugendwerkstätten konzentrieren sich in der Rhein-schiene und in OWL und dazwischen gibt es relativ wenige. Stellt sich die Frage: Warum? Denn wenn es einen Jugendhilfebedarf gibt, müsste er auch durch die Kommune abgedeckt werden. Mittelfristig müssen diese Angebote von den Regelsystemen finanziert werden, denn das MAIS kann zwar Anstöße geben, aber nicht den gesamten Umbau des Übergangssystems über Landes- oder ESF-Mittel finanzieren.

G.I.B.: Wie geht es weiter? Was sind die nächsten Schritte?

Ingrid Schleimer: Jetzt kommt es erst mal darauf an, das System in den Referenzkommunen ins Laufen zu bringen. Die Referenzkommunen haben eine Absichtserklärung unterzeichnet, in der ihre Rolle und Funktion im Koordinierungsprozess festgeschrieben ist. Bis Ende März werden wir mit den Referenzkommunen im Aushandlungsprozess Zielvereinbarungen abschließen, um etwas Nachvollziehbares zu haben. Dabei werden wir die Zielvereinbarungen so formulieren, dass unterschiedlichen Verhältnissen und Entwicklungen in den Kommunen Rechnung getragen wird, denn die Arbeitsmarktlage in den Referenzkommunen ist recht heterogen. So unterscheidet sich der Kreis Borken etwa deutlich von der Stadt Dortmund. Hier wird interessant sein zu sehen, welche Fortschritte in diesen doch recht unterschiedlichen Kommunen sich abzeichnen, und ob es transferierbare Ideen oder Strukturen gibt. Das ins Visier zu nehmen ist Aufgabe der Wissenschaft und der G.I.B.

Diese Informationen brauchen wir auch um gegebenenfalls nachzusteuern, denn es könnte sich zum Beispiel herausstellen, dass das Angebot der empfohlenen zwanzig Standardelemente der Berufsorientierung zu viel des Guten sind. Dann kommen wir im Rahmen unserer prozessbegleitenden Steuerung vielleicht zu dem Schluss, sie zu reduzieren, zu modifizieren oder – im umgekehrten Fall – zu erweitern. Gleiches gilt für die neunzehn empfohlenen Angebote für den Übergang. Das heißt: Uns stehen spannende Monate bevor, zumal wir mit unserem neu strukturierten Übergangssystem zumindest unter den Flächenländern in Deutschland Neuland betreten.